

11. Januar 2010

Gemeinsame Erklärung des Bundesvorstandes von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Sylvia Löhrmann, Spitzenkandidatin für die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen

Düsseldorfer Erklärung

Grüner Aufbruch statt geistig-politischer Leere

Wir stehen 2010 vor gewaltigen politischen Herausforderungen: der Wirtschafts- und Finanzkrise, der Klimakrise und der globalen Gerechtigkeitskrise. Der dramatisch voranschreitende Klimawandel erfordert ein grundsätzliches Umdenken in Bezug auf unser Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell sowie der Frage der globalen Gerechtigkeit. Auch wenn diese Notwendigkeit mittlerweile erkannt ist, folgt daraus bei weitem noch nicht das notwendige politische Handeln, wie das Desaster von Kopenhagen gezeigt hat. Mit ihrer Weigerung, weder in Deutschland noch auf europäischer Ebene mit einem ehrgeizigen Klimaschutzprogramm voranzugehen und ein angemessenes Ausgleichsangebot an die Schwellen- und Entwicklungsländer zu machen, hat Angela Merkel das Trauerspiel von Kopenhagen mitverschuldet. Statt auf einen Grünen New Deal setzt die Regierung mit einem möglichen Rollback in der Atompolitik neue Arbeitsplätze aufs Spiel.

Aus dem Zusammenbruch der Finanzmärkte, deren völliger Kollaps weltweit nur mit unvorstellbaren Milliardensummen aus Steuermitteln verhindert werden konnte, sind immer noch nicht die nötigen Konsequenzen gezogen worden. Das Kasino läuft schon wieder auf Hochtouren und die BürgerInnen bleiben auf den Kosten der Krise sitzen. Es fehlen immer noch die nötigen Regulierungen der Finanzmärkte, um eine nächste Krise zu verhindern. Dabei leiden unter den Folgen der Krise besonders diejenigen, die es ohnehin schwer haben: Familien mit geringem Einkommen, Alleinerziehende, Arbeitslose und Bedürftige. Dadurch wird unsere Gesellschaft zunehmend ungerechter, was durch das immer noch nach sozialen Schichten zementierten Bildungssystem verschärft wird. Wer heute in einer Familie lebt, in der die Eltern arm und gering gebildet sind, hat in unserem blockierten Bildungssystem kaum Chancen, seine Möglichkeiten wirklich zu entfalten. Das Leben in der Armutsfalle über mehrere Generationen ist die Folge. Vor allem für Frauen wirkt sich die zunehmende soziale Spaltung der Gesellschaft immer verheerender aus.

Schwarz-Gelb begegnet diesen fundamentalen Herausforderungen mit den Rezepten von gestern. Die sogenannte geistig-politische Wende steht vor allem für geistig-politische Leere. Die Ära Kohl ist zurück. Der schwarz-gelbe Fehlstart zeigt: Diese Regierung ist der Krise nicht gewachsen. Sie knüpft dort an, wo sie 1998 aufgehört hat und sie verhindert die notwendige Modernisierung des Landes – teilweise mit dem gleichen Personal. Wirtschaftskrise, Klimakrise, Bildung, Demographie, Gerechtigkeit, Teilhabe: Keine Idee, kein Konzept, kein Projekt. Man hört wenig, außer dem Gezänk der kleinen Koalitionsparteien. Die Kanzlerin schweigt so laut, dass das Führungsvakuum in ihrer Regierung nicht zu überhören ist. Es geht ums Ganze und Schwarz-Gelb verhakt sich im kleinen Karo. Politik ist gerade in Zeiten geringer finanzieller Spielräume eine Frage der Prioritäten. Die einzige Priorität, die bei Schwarz-Gelb bislang wirklich deutlich geworden ist, sind Subventionen für Hoteliers und Steuergeschenke für Besserverdienende während 1,8 Millionen Kinder von Hartz IV-Empfängern weiter um ihre Chancen gebracht werden. Die Bundesregierung nimmt bewusst in Kauf, dass die Kommunen finanziell ausbluten. Die Folge davon sind steigende Gebühren, Schwimmbäder, die geschlossen werden müssen, Schulen und Kindergärten, die nicht mit dem Nötigsten ausgestattet werden können oder das Kürzen von Kulturangeboten. Die FDP verfolgt ein Staatsbankrottprogramm, mit dem Ziel, die öffentliche Hand auszubluten. Als erstes trifft diese Strategie diejenigen, die am wenigsten haben.

Politik muss in der Krise Orientierung geben. Wir Grüne haben mit unserem Bundestagswahlprogramm einen Vorschlag für einen umfassenden Reformprozess in der Wirtschafts- und Finanz-, Klima- und Sozialpolitik gemacht. Grüne Werte beschreiben die Kernanforderungen an Politik im neuen Jahrzehnt: ökologisch, solidarisch und demokratisch. Wir machen keinerlei Heilsversprechen, sondern diskutieren Lösungen offen innerhalb unserer Partei und mit unseren zivilgesellschaftlichen Bündnispartnern. Der Umbau im Sinne des grünen Neuen Gesellschaftsvertrags muss in Gesellschaft und Wirtschaft weitergehen, auch wenn Schwarz-Gelb ihn bremst. Wir dürfen nicht tatenlos zusehen, wie die schwarz-gelben Jahre zu vier verlorenen Jahren für das Land werden. Wir haben keine Zeit zu verlieren. Deshalb wollen und werden wir eine aktive Rolle spielen und die Entwicklung weiter vorantreiben. Wir begnügen uns nicht mit dem Erreichten. Wir wollen aufzeigen, wie Klimaschutz trotz des Scheiterns von Kopenhagen gestärkt werden kann, wie die Folgen der Wirtschaftskrise und einer verfehlten schwarz-gelben Haushaltspolitik gerade für die Schwächsten aufgefangen werden können. Wir wollen dafür kämpfen, dass die Bürgerrechte und der Datenschutz nicht auf der Strecke bleiben und Teilhabe für viel mehr Menschen möglich wird. Wir wollen aus der immer wieder verkündeten, aber immer noch blockierten Bildungsrepublik eine durchlässige Bildungsrepublik machen, in der jedes Kind in seiner Entfaltung bestmöglich gefördert wird. Gegen den Rückwärtsgang beim Atomausstieg werden wir auf die Straße gehen. Wenn Schwarz-Gelb beim Atomausstieg die Uhren zurückdreht, mobilisieren wir alle Kräfte dagegen. Und wir sind der Anwalt all jener Menschen, die bei sich zu Hause die Uhren auf Zukunft drehen und sich für Ökostrom entscheiden.

Auch wohin diese Regierung in Afghanistan will, bleibt völlig unklar. Das intransparente, unehrliche und widersprüchliche Vorgehen, das die Afghanistan-Strategie der Bundesregierung beherrscht, wurde vor allem rund um die Bombardierung in Kunduz deutlich. Wir Grünen sind die einzige Partei, die sich bei Fragen von Krieg und Frieden nicht wegduckt. Die künftige Strategie, mit der die Regierung die Krise in Afghanistan lösen will und die sie auf der Londoner Konferenz Ende Januar vertreten muss, bleibt völlig nebulös. Wir fordern von der Regierung ein klares Bekenntnis zu und politische Schritte hin zum Primat des Zivilen.

Bei der Landtagswahl am 9. Mai wollen wir fünf Jahre falsche Politik an Rhein und Ruhr beenden und die schwarz-gelbe Bundesratsmehrheit brechen. Im Bund wollen wir gemeinsam mit gesellschaftlichen Bündnispartnern durch kraftvolle Opposition die schlimmsten schwarz-gelben Chaospläne verhindern. Wir entwickeln unsere politischen Konzepte und Angebote in den nächsten Jahren im Dialog mit der Gesellschaft kontinuierlich weiter, um Mehrheiten für Lösungen zu finden, wie gutes Leben in Zeiten knapper werdender Ressourcen sozial gerecht möglich ist.

Wir Grüne werden in diesen Tagen 30 Jahre alt, wir haben viel erreicht, sind aber noch lange nicht am Ziel und werden dringend gebraucht. Sicher müssen wir gerade unter Schwarz-Gelb noch radikaler werden und lauter unsere Stimme erheben. Wir sind keine Bindestrich-Partei, die sich über bestimmte Bündnisse oder Farbenspiele definiert. Wir stehen für einen Kurs der Eigenständigkeit, der auf einem klaren Fundament von Werten und Inhalten steht. Eigenständigkeit ist das Gegenteil von Beliebigkeit. Je stärker wir werden, desto mehr grüne Politik können wir durchsetzen. In Nordrhein-Westfalen geht es jetzt darum, Schwarz-Gelb für seine katastrophale Bilanz abzuwählen, die für Skandale und Stagnation steht. Grün ist die Alternative. Grün verkörpert das, was im Moment eigentlich ansteht. Der Grüne New Deal muss gerade in NRW erfolgreich realisiert werden. NRW ist die ersten Schritte zu einem Strukturwandel aus den alten Industrien schon gegangen und weiß, dass nur die Modernisierung der Industrie auch morgen Wettbewerbsfähigkeit garantiert. Dieser Prozess hin zu einer modernen Technologie- und Dienstleistungswirtschaft muss konsequent fortgesetzt werden.

Schwarz-Gelb ist nicht handlungsfähig. Wir Grüne werden uns in den nächsten Monaten einsetzen für:

- Ein Klimaschutzgesetz für Deutschland, die Förderung der Altbausanierung. Nach dem Versagen von Merkel und Co beim Klimagipfel in Kopenhagen nicht noch ein Jahr sinnlos verstreichen lassen, sondern Druck machen mit anderen Gruppen der Zivilgesellschaft.
- Ein Europäisches Bürgerbegehren für den Klimaschutz, das wir jetzt schon vorbereiten. Wir wollen, dass die EU, unabhängig von Zielen anderer Länder sich auf ein Reduktionsziel von mindestens 30 Prozent verpflichtet.
- Die Einführung einer Kerosinsteuer, um die Infrastruktur der Bahn auszubauen.
- Eine Finanztransaktionssteuer und eine europaweite Finanzaufsicht für länderübergreifende Finanzkonzerne.
- Die Erhöhung der Hartz IV-Regelsätze, insbesondere für Kinder, statt schwarz-gelber Scheinlösungen, die gut klingen, aber nichts kosten und nichts bringen. Außerdem fordern wir den weiteren Ausbau der Kinderbetreuung und ein unbedingtes Festhalten am Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz ab 2013. Die Überwindung der Lohnungerechtigkeit in diesem Land. Wir fordern gleiche Löhne für gleiche Arbeit für Frauen und Männer und einen gesetzlichen Mindestlohn.
- Die Abschaffung des Kooperationsverbots zwischen Bund und Ländern in der Bildungspolitik und einen Bildungssoli zur Finanzierung der notwendigen Investitionen in Bildungseinrichtungen.
- Die Verhinderung von Laufzeitverlängerungen in einem breiten gesellschaftlichen Bündnis. Wir fordern die Aufklärung der skandalösen Vorgänge rund um Gorleben, Asse und Morsleben mit einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss und verschärfte Sicherheitsregeln für noch laufende Atomkraftwerke. Die verbliebenen Atomkraftwerke müssen nach dem neuesten Stand von Wissenschaft und Technik betrieben werden. Wir lehnen den Bau neuer klimaschädlicher Kohlekraftwerke ab.
- Die Abschaffung der Vorratsdatenspeicherung, ein Arbeitnehmerdatenschutzgesetz und besseren Schutz der Verbraucher vor Datenkraken.
- Einen starken Widerstand gegen eine schleichende Einführung der Kopfpauschale im Gesundheitswesen. Stattdessen wollen wir eine sozial gerechte Bürgerversicherung.
- Mehr Druck auf die Bundesregierung für eine zivile Afghanistan-Strategie mit konkreter Aufbau-, Übergabe- und Abzugsperspektive sowie absolute Priorität für den Schutz der Zivilbevölkerung und die sofortige Beendigung geheimer Militäraktionen außerhalb des Mandats. Auf der Londoner Konferenz muss sich die Bundesregierung deutlich gegen eine weitere militärische Aufstockung aussprechen. Außerdem fordern wir eine rückhaltlose Aufklärung des Kunduz-Bombardements.